

Auf die Bemerkung des Abg. Bensmann (CDU), wenn seine Fraktion nach dem 1. Dezember 1987 eine Information über den letzten Stand der Beratungen in Bonn bekommen hätte, würde er sich ausreichend informiert fühlen, erwidert Finanzminister Dr. Posser, seit dem 13. Oktober, als der Unionskompromiß beschlossen worden sei, habe man einen unveränderten Stand. An diesem Kompromiß sei kein Komma verändert worden, gleich welche Anträge gestellt worden seien, und auch beim zweiten Durchgang im Bundesrat am 18. Dezember 1987 werde kein Komma mehr verändert werden.

Abg. Schauerte (CDU) bleibt bei seiner Auffassung, daß die Information unzureichend gewesen sei. - Auf seine Frage, wer den Abg. Dorn zu dem Gespräch nach Bonn eingeladen habe, antwortet Finanzminister Dr. Posser, eingeladen worden seien alle Mitglieder des Finanzausschusses des Bundestages sowie die Landesvorsitzenden der CDU und der F.D.P., denen anheimgestellt worden sei, Vertreter zu entsenden. Beide Landesvorsitzende hätten sich entschuldigt. Die F.D.P. sei durch die Abg. Dorn und Dr. Schaumann vertreten gewesen, die CDU sei - abgesehen von den Bundestagsabgeordneten - nicht vertreten gewesen.

Abg. Schauerte (CDU) erwidert, er hätte es für richtig gehalten, daß der Finanzminister, wenn er eine gemeinsame Linie anstrebe, zu diesem wichtigen Thema die Obleute im Haushalts- und Finanzausschuß direkt eingeladen und die Sache nicht auf die Partei-schiene abgeschoben hätte. Als Mitglied des Landtags sei er vom Finanzminister über die Fragen nicht ausreichend unterrichtet worden. Er habe zwar in Bonn an einem Gespräch des Finanzministers mit Bundestagsabgeordneten der CDU teilgenommen, aber nicht auf Einladung des Finanzministers, sondern der Fraktion in Bonn. Die CDU-Landtagsfraktion müsse also ihre Informationen entweder über die Landespartei oder über die Bundestagsfraktion beziehen, vom zuständigen Haus bekomme sie sie nicht. Das halte er nicht für den richtigen Verfahrensweg.

Abg. Schauerte fragt sodann den Finanzminister, ob er, als er sich dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vehement widersetzt habe, damit nicht überreizt habe. Hätte der Finanzminister nicht rechtzeitig das Machbare erkennen müssen statt das Wünschenswerte zu fordern?

Finanzminister Dr. Posser entgegnet auf die ersten Ausführungen des Abg. Schauerte, er bleibe dabei, daß die Unterrichtung vollständig gewesen sei. - Die Frage des Abg. Schauerte beantwortet der Minister mit einer Schilderung der Bemühungen, die am 10. Juli 1987 zu der ohne Gegenstimmen angenommenen Entschlie-ßung des Bundesrates zu der Kohlelast Nordrhein-Westfalens geführt hätten. Warum es dann doch anders gelaufen sei, warum